

Henry Kirch
Jubilarehrung
06. November 2009
um 14.30 Uhr
der IG Metall Braunschweig

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Jubilarinnen, liebe Jubilare,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

von Berthold Brecht stammen die Worte:

„Die Schwachen kämpfen nicht.

Die Starken kämpfen vielleicht eine Stunde.

Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.

Aber die Stärksten kämpfen ein Leben lang.

Diese sind unentbehrlich!“

Viele von diesen Unentbehrlichen sind heute hier versammelt.

Wir feiern und ehren heute die Jubilarinnen und Jubilare des Jahres 2009 in der IG Metall Braunschweig für 80, 60, 50, 40 und 25 Jahre Mitgliedschaft.

Die meisten Mitglieder gehören nun schon lange der IG Metall an. Vereinzelt ehren wir auch Mitglieder, die aus anderen Gewerkschaftsbereichen zur IG Metall übergetreten sind.

Ehrungen sind zu allererst ein Anlass, um Dank zu sagen an alle Jubilare für die langjährige Treue und Verbundenheit zur Gewerkschaft. Für ihre Unterstützung und Solidarität und nicht zuletzt für ihr persönliches Engagement.

Ehrungen bieten zudem immer einen Grund für Bilanz und Ausblick sowie für die Besinnung auf ursprüngliche Absichten und für die Kritik an bestehenden Verhältnissen.

Sie motivieren mich aber auch immer, auf das mehr als 100-jährige Ringen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um mehr Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit hinzuweisen.

Ich möchte die Feierstunde nutzen, um auf einige Besonderheiten in der Geschichte der Gewerkschaftsarbeit der zurückliegenden Jahre aufmerksam zu machen, „**Denn ohne Rückblick, gibt es keine Zukunft!**“

Dabei will ich aber auch darauf eingehen, dass die seit vielen Jahrzehnten erkämpften sozialen und tarifpolitischen Errungenschaften von den Arbeitgeberverbänden und ihren Lobbyisten immer wieder in Frage gestellt werden.

Nach 1945 war der gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Neuaufbau das Gebot der Stunde. Anstelle der Richtungsgewerkschaften aus der Zeit **vor 1933** gründeten Arbeiter, Angestellte, Beamte, Frauen und Männer nun die Einheitsgewerkschaft. **„Ein Betrieb eine Gewerkschaft“, war die zündende Parole!**

Der seinerzeit angestrebte Brückenschlag zwischen West und Ost scheiterte allerdings, weil für die gesamtdeutschen Gewerkschaftsinitiativen im weltpolitischen Spannungsfeld der Siegermächte kein Spielraum blieb. In der Bundesrepublik Deutschland kämpften die Gewerkschaften um den Sozialstaat. Der IG Metall fiel dabei eine wichtige Rolle zu.

Anfang der fünfziger Jahre gab es bereits viele Anzeichen für eine Restauration wie zu Beginn der Industrialisierung und nicht für die soziale Marktwirtschaft.

1949, das Jahr, in dem die **für 60 Jahre Mitgliedschaft** zu ehrenden Kolleginnen und Kollegen der neu gegründeten IG Metall beitraten, **war sowohl Gewerkschafts- als auch Gesellschaftspolitisch ein ereignisreiches Jahr!**

Für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wurde die Industriegewerkschaft Metall gegründet.

Im gleichen Jahr fand der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Oktober in München statt.

Am 23. Mai 1949 tritt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft.

Im August wird der erste Deutsche Bundestag gewählt und Konrad Adenauer wird Bundeskanzler.

Im gleichen Jahr gründet sich die DDR und damit war die deutsche Spaltung vollzogen

Bald schon mussten sich die Gewerkschaften gegen reaktionäre Tendenzen zur Wehr setzen. Es waren auch nur scheinbare Randfragen, mit denen sich **1949** ein Wiedererstarken der alten Mächte ankündigte.

Obwohl die Gewerkschaftsbewegung sich nicht voll entfalten konnte und nur über ein sehr eingeschränktes Streikrecht verfügte, ist sie als stärkste gesellschaftliche Kraft der ersten Nachkriegsjahre zu diesem Zeitpunkt anzusehen.

Die Gewerkschaften arbeiteten intensiv am wirtschaftlichen Wiederaufbau mit, kämpften gegen Hunger und Not und setzten sich gegen Demontage zur Wehr, die Stahlregion Salzgitter ist hier besonders zu erwähnen. Aber die echte paritätische Mitbestimmung in allen Wirtschaftsbereichen blieb ihnen versagt.

Ein Jahr zuvor folgte die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Währungsreform. Sie wurde ohne Rücksicht auf die soziale Gerechtigkeit vollzogen und war eine der radikalsten Enteignungen des letzten Jahrhunderts, freilich zu Ungunsten des kleinen Mannes. Mit ihr begannen die Vermögenskonzentration in den Händen weniger und die Vermögenslosigkeit breiter Schichten, die heute noch das Bild unserer Wirtschaft bestimmen.

Die Arbeitnehmer aber trugen die Kosten einer Marktwirtschaft, die ihre Väter „sozial“ nannten. Preisspekulationen und Hortungsgewinne hatten bald einen derartigen Umfang angenommen, dass sich der Gewerkschaftsrat für das vereinigte Wirtschaftsgebiet veranlasst sah, **zu einem 24stündigen Generalstreik aufzurufen. Er fand am 12. November 1948 statt und wurde in der amerikanischen und britischen Zone von 9,25 Millionen Arbeitnehmern befolgt.**

Die Gewerkschaften begründeten diesen Schritt:

„Wirtschaftlicher Notstand ist das Ergebnis einer Politik, die eine freie Wirtschaft oder eine angeblich soziale Marktwirtschaft verhindert.“

Nicht nur die Währungsreform sondern auch die Wirtschaftspolitik, die sich dahinter verbirgt, hat die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher gemacht.

Im Jahre **1959**, in dem die **für 50jährigen Mitgliedschaft** zu Ehrenden der IG Metall beitraten, gelang es der IG Metall kurz zuvor, mit den Arbeitgebern in Bremen eine Abkommen auszuhandeln, nach dem in mehreren Verträgen bis 1967 die wöchentliche Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich von 48 auf 40 Stunden verkürzt und parallel dazu der tarifliche Anspruch auf Urlaub erheblich ausgedehnt werden konnte.

Davor -1956/57- konnte der längste Arbeitskampf der IG Metall in der Bundesrepublik Deutschland beendet werden. Es ging bei diesem Streik um die sozialpolitischen Forderungen des Aktionsprogramms, nämlich der Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfall. Die Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten wäre eigentlich Aufgabe des Gesetzgebers gewesen.

Gründe dafür gab es genug:

Denn wenn eine Arbeiterin oder ein Arbeiter krank wurden, sanken deren ohnehin knappen Einkommen auf weniger als die Hälfte. Der Streik dauerte insgesamt 16 Wochen, ohne dass die Kampfbereitschaft der Streikenden nachließ.

Es war eine Zeit, in der es rasant bergauf ging. Es begann das sogenannte „Wirtschaftswunder“.

Doch auch in dieser Zeit profitierten diejenigen, die in den Fabriken und Büros den Wirtschaftsaufschwung erarbeiteten, nicht automatisch von ihm, sie mussten um einen fairen Anteil am Aufschwung kämpfen!

Das Jahr **1969** war für die Mitglieder, die heute für **40jährige Organisationszugehörigkeit zur IG Metall** geehrt werden, geprägt von einer internationalen und nationalen **Wirtschaftskrise**.

Die konservative Wirtschaftspolitik führte in der Bundesrepublik zum wirtschaftlichen Rückgang der Konjunktur und zur Arbeitslosigkeit. Sie traf die Metallindustrie am härtesten. Auch Braunschweig ist von Beschäftigungseinbrüchen nicht verschont geblieben. Die damaligen Arbeitsmarktzahlen belegen diese Situation deutlich.

Im Zuge dieser bundesweiten konjunkturellen Entwicklung setzte die Bundesregierung ihre lang angekündigten Deregulierungsmaßnahmen im sozial- und wirtschaftspolitischen Bereich um.

Arbeitgeberverbände und Bundesregierung wollten das Rad der Geschichte zurückdrehen. Immer lauter forderten sie die Rückkehr zur 48-Stunden-Woche und die Einführung der Samstags- bzw. Sonntagsarbeit. Weiterhin forderte der Bundesverband der deutschen Industrie massive soziale Einschnitte. So sollte z. B. die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in den ersten 14 Tagen **auf 80%** und anschließend **auf 60 %** des bisherigen Niveaus reduziert werden.

Dieses konnte durch die IG Metall verhindert werden.

Weiterhin lehnt die IG Metall jede Form von Arbeitsverlängerungen ab, da dieses Vorgehen katastrophale Folgen für den Arbeitsmarkt gehabt hätte.

Auch bei den Leistungsgesetzen schlug die Bundesregierung zu. Das Bundeskabinett beschloss, weniger Arbeitslosengeld, weniger Sozialhilfe und Unterhaltsgeld für Umschüler, weniger Kinder- und Erziehungsgeld zu zahlen.

Die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden gekürzt und Abstriche beim Kurzarbeitergeld und bei der Arbeitslosenhilfe durchgesetzt.

**Die Begründung für diese Politik folgte der Logik feiner Herrschaften:
Die Armen arbeiten nur, wenn sie möglichst wenig haben. Die Wohlhabenden leisten nur etwas, wenn sie möglichst viel bekommen.**

Ein weiteres Ereignis, ein Jahr zuvor mit gesellschaftspolitischen Folgen, war das Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke in Berlin.

Es löste heftige Studentenunruhen aus, die sich besonders gegen den Zeitungskonzern Springer richteten. Es gab zwei Tote und mehr als 100 Verletzte.

Die **sechziger** Unruhen haben nicht nur in Deutschland sondern in ganz Europa, aber auch in Amerika das Gesellschaftsbild grundlegend geändert.

Warum erwähne ich das, ich bin der festen Überzeugung, dass es zu den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften gehört, sich für die Verteidigung und den Ausbau der Demokratie einzusetzen.

Auf eine **25**-jährige Mitgliedschaft kann in diesem Jahr ein großer Teil unserer Jubilare zurückblicken. Das ist eine äußerst ereignisreiche Zeitspanne. Viele wichtige Ereignisse geraten in Vergessenheit oder werden vom aktuellen Geschehen überdeckt.

Deshalb möchte ich allen Jubilaren einige wichtige Stationen ihres Gewerkschaftseintritts **1984** in Erinnerung rufen.

Die von einer Politik der Reformen gekennzeichnete sozial-liberale Koalition von SPD und FDP zerbricht an der von Teilen betriebenen Hinwendung zur CDU. Helmut Kohl wird Bundeskanzler. Bundespräsident Karstens löst nach einem **fiktiven** Misstrauensantrag gegen die Regierung den Bundestag auf und legt für März **1983** Neuwahlen fest.

Die Neuwahlen ergeben einen Sieg der CDU/CSU bei starken Verlusten der SPD. Helmut Kohl wird Bundeskanzler und Genscher (FDP) Vizekanzler.

Die von Willi Brandt (SPD) eingeführten und von Helmut Schmidt (SPD) fortgeführten Reformen zu Gunsten von Beschäftigten, wurden in den Folgejahren damit vielfältig in Frage gestellt!

Die CDU/CSU verfehlt mit 48,8% nur knapp die absolute Mehrheit, regiert mit der FDP.

Es beginnt eine Politik. Die Politik des Sozialabbaus und auch die Politik gegen die Gewerkschaften.

Denn die CDU/FDP-Regierung ändert trotz massiver Proteste 1986 den Streikparagrafen 116 AFG um die IG Metall zu schwächen.

D.h. ,dass nicht an einem Streik beteiligte AN/innen, aber von seinen Auswirkung Betroffene,

seit dieser Zeit kein Kurzarbeitergeld bekommen, wenn bei ihnen Arbeitszeit ausfällt.

Ob Arbeitsausfall eintritt – etwa wegen fehlender Teile – aus bestreikten Unternehmen – entscheiden alleine die Arbeitgeber.

Womit der Willkür und dem Einfluss auf unsere Kampfkraft Tür und Tor geöffnet wurde.

Im Jahr Eures Beitritts **1984** in die IG Metall, stand die Forderung der 35-Stunden-Woche als

vorrangiges tarifpolitisches Ziel.

In den Folgejahren stand uns dann mit dem Kampf um die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung eine harte Auseinandersetzung bevor.

Gegen den härtesten Widerstand der Arbeitgeberverbände, unterstützt von der Regierung Kohl und Genscher, konnte trotzdem im Jahr **1995**, die **35-Stunden-Woche**, die **ab Oktober** in der metallverarbeitenden Industrie in Kraft getreten ist, **durchgesetzt werden.**

Zu erwähnen wäre noch, dass zum ersten Mal seit Gründung der Bundesrepublik **eine Bundesregierung** jede Zurückhaltung aufgibt und sich in die Tarifautonomie einmischt.

Mit seinem Angriff auf die 35-Stunden-Forderung der IG Metall als „**absurd, töricht und dumm**“ abzutun, setzte Bundeskanzler Helmut Kohl neue Richtlinien für die Politik.

Die Koalition von Kabinett und Kapital war somit perfekt.

Die letzte Wegstrecke auf dieses Ziel hin wurde im Schatten des welthistorischen Ereignisses der deutschen Einheit zurückgelegt.

In den Jahren **1989** und **1990** veränderte sich die gesellschaftliche und politische Lage in Deutschland und Europa radikal. Der Umbruch und Demokratisierungsprozess in der DDR, der mit der Öffnung der Mauer und der Grenze zur Bundesrepublik am

09. November 1989 den ersten Höhepunkt erreichte, beschleunigte den Sturz des DDR-Systems und leitete zur Politik der staatlichen und gewerkschaftlichen Einheit über.

Am 03. Oktober 1990 trat die DDR nach Art.23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bei - die deutsche Einheit war formal vollzogen.

Nach 60 Jahren gibt es wieder eine einheitliche und demokratische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Die Einheit des Landes muss aber noch **sozial gestaltet** und **mit Leben gefüllt** werden. Die **Gleichheit der Lebenschancen** und die Durchsetzung des **Sozialstaatsgebots** sind die **Ziele gewerkschaftlicher Politik**.

Dass dieses nicht einfach sein wird, zeigt uns die **Massenarbeitslosigkeit** in einigen Regionen der fünf neuen Bundesländer. **Nun zur aktuellen politischen Situation noch einige Bemerkungen:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die letzten Jahre waren eine Periode heftiger Turbulenzen und großer gewerkschaftspolitischer Herausforderungen.

Ich will nur einige Stichworte nennen:

Permanente Angriffe auf den Sozialstaat:

Existentielle Risiken werden mehr und mehr auf den Einzelnen abgewälzt.

Arbeitslosigkeit wird als individuelle Verweigerung interpretiert.

Der Druck zur Arbeitsaufnahme wurde darum erhöht.

Durch Kürzung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld.

Die Steuerpolitik verschärft die Umverteilung von unten nach oben.

Der Wettbewerbsdruck, forciert über Standortvergleiche, steigt.

Einkommens- und Sozialstandards stehen dadurch massiv unter Druck.

All das droht zu einer sozialen Abwärtsspirale für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu werden.

All das hat uns in den letzten Jahren intensiv gefordert.

Und auch wenn wir in diesen Auseinandersetzungen nicht immer als erster Sieger aus dem Ring gestiegen sind, ist es uns doch gelungen, den Menschen zu zeigen:

Wir sind der Anwalt und die Gestaltungskraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit!

Auf uns können sich die Arbeitnehmer verlassen!

Wir kämpfen gegen diese neoliberale Politik, die alle Rechte der abhängig Beschäftigten unterzupflügen droht, der alles Er kämpfte der letzten **100 Jahre** in Frage stellt. **Damals und heute.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

1998 wurde zwar Rot/Grün an die Regierung gewählt. 2005 dann die große Koalition. Dennoch müssen wir bis heute feststellen:

Unser **sozialer, demokratischer Rechtsstaat** wird durch Politik, Wirtschaft und deren Lobby langsam aber sicher **in Frage gestellt und mit Schwarz/Gelb wird sich das nicht ändern.**

Anlässlich einer Veranstaltung wie der heutigen, auf der wir aus gegebenem Anlass in die Vergangenheit schauen, bleiben wir der Gegenwart und der Zukunft verpflichtet.

Denn verdiente Mitstreiter/innen ehrt man auch dadurch, dass man sich den Aufgaben zuwendet, die heute vor uns stehen.

Und heute liegt die vordringliche Aufgabe engagierter Gewerkschafter/innen darin, das sozialstaatliche Erbe unserer Väter und Mütter in die neue Zeit zu bringen.

Ich sage: **Der Kampf um die Zukunft des Sozialstaates ist der Kampf um die Zukunft unserer Gesellschaft!**

Auch in Zukunft ist und bleibt der Sozialstaat eine unverzichtbare Institution zur Humanisierung und Demokratisierung unserer Gesellschaft.

Eine **ausschließlich kapitalistische Gesellschaft**, ohne soziale Sicherungssysteme, die Ihr mit erkämpft und gestaltet habt, **gefährdet die Demokratie.**

Es waren die sozialen Sicherungssysteme, unsere Tarifverträge, Arbeits- und Sozialrechte und nicht zuletzt starke Gewerkschaften wie die IG Metall, die den ungezügelden Industriekapitalismus des 19. Jahrhunderts gezähmt und humanisiert haben.

So konnten aus eigentumslosen Proletariern selbstbewusste, gewerkschaftliche organisierte Arbeitnehmer/innen werden - und Staatsbürger mit einklagbaren sozialen Rechten.

Und weil das so ist, und der Sozialstaat von interessierter Seite in unserer Gesellschaft immer wieder in Frage gestellt wird, müssen wir gerade hier Flagge zeigen.

D.h.: Wir müssen uns der Demontage des Sozialstaates weiter widersetzen – von welcher Partei auch immer sie betrieben wird.

Heute befinden wir uns in der größten **Wirtschaftskrise** seit der Depression Ende der 1920er Jahre.

Bisher konnten durch Kurzarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen

Massenentlassungen

verhindert werden.

Aber die Uhr tickt. – Für mich ist klar:

Wir müssen dem Übergang in den ungezügelten Finanzmarkt-Kapitalismus der Reichen und Mächtigen unseren Widerstand entgegen setzen.

Und wir müssen diesen Widerstand mit solidarischen und realisierbaren Reformalternativen verbinden.

Nehmen wir nur den Konflikt um die Renten und die Zukunft der Alterssicherung:

Zu befürchten ist:

Der internationale Finanz-Crash wird nicht spurlos an dem Sparvermögen von Millionen von Arbeitnehmer/innen vorbeigehen.

Vermögen, das sie sich oftmals vom Munde abgespart haben, um für ihr Alter und das ihrer Familie Vorsorge zu treffen, ist weg.

Die Dimension dieser „Enteignung einfacher Sparer“ ist noch nicht abzusehen. **Aber ich befürchte:** Es wird nicht bei Peanuts bleiben.

Noch vor einigen Jahren hätten wir mit gewisser Zuversicht und Gelassenheit auf unser solidarisches Rentensystem verwiesen.

Und darauf, dass es nicht auf Renditen der privaten Kapitalmärkte angewiesen ist, sondern sich aus einem solidarischen Miteinander von Alt und Jung speist.

Unsere Rentenversicherung und der Generationsvertrag, auf dem sie beruht, galten einst als das Flaggschiff des deutschen Sozialstaates.

Aus vielen Ländern kamen Sozialpolitiker nach Deutschland gepilgert, um dieses Monument des sozialen Fortschritts zu studieren.

Und heute?

Heute werden mehr als mickrige Rentenerhöhungen zu Anlass einer hysterischen Debatte.

Selbst ehemalige Bundespräsidenten beteiligen sich daran, Ängste in der Bevölkerung und Konflikte zwischen den Generationen zu schüren.

Und Vertreter von Pensionsfonds und privaten Versicherungen rieben sich die Hände und witterten das große Geschäft. Sie alle müssten, heute auf den Boden der Tatsachen angekommen sein. **Wir haben leider mit unseren Warnungen recht behalten.**

Die private Altersvorsorge ist nicht sicher.

Deshalb sind wir gefordert und müssen uns klar und eindeutig zu Wort melden. **Wir sagen:**

Die älteren Menschen in unserer Gesellschaft haben ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben

- **ohne Armut und soziale Risiken.**

Und die Jungen haben ein Recht auf faire Beitragssätze und ein, **auch in Zukunft leistungsfähiges und verlässliches Rentensystem.**

Ja, sie haben einen Anspruch darauf, die gleiche Solidarität im Alter zu erfahren, die heute ihren Eltern und Großeltern gewähren.

Und deshalb füge ich hinzu:

Wir machen diesen inszenierten Krieg der Generationen nicht mit!

Deshalb kämpfen wir für gute und zukunftsfähige

Ausbildungsplätze und Bildungschancen für die Jüngeren.

Wir kämpfen auch weiterhin für soziale Sicherheit im Alter und faire Zukunftschancen für die Jüngeren.

Wir streiten auch weiterhin für die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer **Erwerbstätigen-Versicherung**, in der alle Erwerbstätigen versichert und beitragspflichtig sind.

“Alle rein ins Solidarsystem“ – so lautet unsere Losung.

Wir wollen nicht weniger, wir wollen mehr Solidarität zur Lösung der sozialstaatlichen Zukunftsfragen.

Wir setzen n i c h t auf Eigennutz und Konkurrenzkampf.

Wir setzen auf **Soziales** und **Menschenrechte** für alle Bürger/innen.

Und diesen Streit führen wir, wie es sich für Gewerkschafter/innen gehört:

Nicht „einsam und alleinsam“ sondern gemeinsam.

Jung und Alt, Frauen und Männer!!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

beim Thema Alterssicherung geht es auch darum, wie der Übergang zwischen Erwerbsleben und Ruhestand organisiert ist.

Wie und zu welchen Bedingungen man aus dem Betrieb heraus kommt.

Hier sage ich den Propagandisten der **„Rente mit 67“**.

Schaut rein in die Arbeitswelt von heute.

Überall ist die Arbeit härter geworden, haben Druck und psychische Belastung zugenommen.

Ob durch Schichtarbeit, Terminvorgaben oder immer höheren Leistungsdruck; es bleibt kaum noch Zeit, Luft zu holen!

Das halten Frau und Mann nicht bis 67 aus.

Die Rente mit 67 löst keine Probleme, aber sie verschärft vorhandene.

Die, die Arbeit haben, sollen länger arbeiten und den Jungen damit die Chancen auf einen Arbeitsplatz rauben.

Und die, die dann ihre Gesundheit verschlissen haben, werden ausgemustert und mit Rentenkürzungen abgestraft.

Das ist zynisch.

Mit diesem Unsinn werden wir uns nicht abfinden, dagegen werden wir weiterhin Widerstand leisten!

Wir brauchen auch in Zukunft die Möglichkeit, zu fairen Bedingungen aus dem Erwerbsleben auszuschneiden.

Gerade jetzt angesichts ,der tiefen Krise und den damit verbundenen Beschäftigungsproblemen,

brauchen wir flexible und sozial abgesicherte Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Erwerbsleben.

Angesichts von 5,5 Millionen Menschen, die zu wenig oder überhaupt keine Arbeit haben - und selbst diese Zahlen aus der offiziellen ALO – Statistik sind noch schön gerechnet!

Deshalb, die Arbeitswelt muss humanisiert werden. Wir brauchen eine Beschäftigungsbrücke, wie z. B. die, die kürzlich im TV von VW abgeschlossen wurde:

Die Altersteilzeit muss fortgeführt werden, die Rente mit 67 muss weg, wer 40 Versicherungsjahre hat, muss ohne Abschläge ab 60 in Rente gehen können und der Arbeitslosengeldanspruch für Ältere muss auf 36 Monate erhöht werden!

Wir müssen die Alterssicherung zu einem Kriterium unserer Zukunft machen.

Ich sage: Die Jugend muss rein in die Betriebe und die Alten raus! **Sie haben zum Wohlstand unseres Landes ein Leben lang ihren Beitrag geleistet.**

„Die Nieten in Nadelstreifen“ haben abgezockt und uns in die Krise gebracht und erhalten dafür noch Milliarden von unseren Steuern und der Sozialstaat wird in Frage gestellt mit dem Begriff mehr **Eigenverantwortung.**

Die Bürgerinnen und Bürger müssen mal wieder die Zeche bezahlen.

Aktuell ist die Gier längst zurückgekehrt. Das Finanzkasino ist wieder geöffnet. Die Banker zocken und keiner kann sie Stoppen! Ein Risiko für unsere Demokratie und unser Sozialsystem.

Liebe Jubilarinnen, liebe Jubilare, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Ihr seht:

Vieles hat sich geändert, seit ihr Gewerkschaftsmitglieder geworden seid.

Aber manches ist gleich geblieben:

Auch heute bekommen wir nichts geschenkt, wir müssen für faire Einkommen, gute Arbeit, soziale

Sicherheit und sichere Arbeitsplätze gemeinsam streiten.

In jeder neuen Tarifrunde müssen wir – gegen den Widerstand der Arbeitgeber – um unseren fairen Wertschöpfungszuwachs kämpfen.

Auch die Auseinandersetzungen der Zukunft werden nicht einfacher werden.

Die solidarische Bewältigung der gegenwärtigen Krise stellt eine Herkules – Aufgabe dar.

Wir setzen auf:

- Beschäftigungssicherung in der Krise
- Demokratische Regelungen der Finanzmärkte
- Mehr Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft

Dies wird unsere ganze Kraft und Solidarität erfordern.

Wir kämpfen gegen die Spaltung und Polarisierung, die durch die verabschiedete

Agenda 2010 der damaligen Regierung Schröder noch verstärkt wird.

Wollen wir weiter zusehen, wie **aus Millionären Milliardäre werden** und wie zugleich immer mehr Menschen **insbesondere Kinder**, aus der Gesellschaft und der **Solidarität des Sozialstaates ausgegrenzt werden?**

Wie schon darauf hingewiesen: **Die Aktuelle Wirtschafts- und Finanzmarktkrise** lässt Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre wach werden.

Über Jahre haben die Banken ihre Risiken einfach weitergereicht und eigenes Kapital an die Aktionäre verschenkt.

Seit die **Kreditblase** platzte, fehlt den Banken das Schmiermittel im Weltcasino: **Das Geld!**

Es ist nur zu hoffen, dass die Verantwortlichen des Finanzchaos mit ihrem persönlichen Vermögen zur Rechenschaft gezogen werden und nicht wieder die Bürgerinnen und Bürger die Zeche bezahlen müssen **– so unter dem**

Gesichtspunkt:

Die Gewinne zu privatisieren und mit den Verlusten die Allgemeinheit zu belasten.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die **Umverteilungssorgie** von unten nach oben durch die neugewählte Bundesregierung fortgesetzt wird.

Wir müssen auch in Zukunft verhindern, dass unsere Sozialsysteme weiter ausgehöhlt werden wie ein Schweizer Käse.

Haben wir den Willen und die Kraft, den maßlosen Reichtum zu begrenzen um die skandalöse Armut besser bekämpfen zu können?

Haben wir den Willen und die Kraft, auf eine Gesellschaft hinzusteuern, in der man wirklich von einer annähernden Gleichheit der Lebenschancen der Menschen reden kann?

Es wird ein steiniger Weg, in dem uns das ein- oder andere Mal ein eisiger harter Wind entgegen wehen wird.

Wir wollen auch in Zukunft an unseren Zielen arbeiten! **Gemeinsam werden wir es schaffen!**

Wir haben noch nie zu den Hoffnungslosen gehört. **Im Gegenteil!** Hoffnung war immer ein Weggefährte unserer Arbeit.

Nicht Sozialabbau, sondern sozialstaatliche Reformen sind das Gebot der Stunde! **Damals und heute!**

Dazu leistete jede Jubilarin und jeder Jubilar aufgrund der Mitgliedschaft in der IG Metall, aber auch durch den Einsatz für die Beschäftigten, einen entscheidenden Beitrag.

Liebe Jubilarin, lieber Jubilar,
die IG Metall und deine Zeit - sie gehören **zusammen! Wir haben gemeinsam die Zeiten** geändert. Dafür und für vieles mehr hast du mit der IG Metall gekämpft. Du hast Zeit geopfert, um Zeit zu gewinnen. Ein Gewinn für ALLE. Dafür gebührt Dir Dank und Anerkennung.